
Im Südwesten

Artikel aus der
Stuttgarter Zeitung
vom 13.05.2003

"Ich will keine höheren, sondern ökologische Steuern"

Der Landtagsabgeordnete Boris Palmer fordert eine neue Orientierung im Steuerrecht, um den Flächenverbrauch einzudämmen

[\[«« zurück\]](#)

Grüne Umweltpolitiker wollen ein ökologisches Steuerrecht - auch in Baden-Württemberg. Der Fraktionschef Winfried Kretschmann und der Abgeordnete Boris Palmer gehören zu den Unterzeichnern eines bundesweiten Manifests. Mit Palmer sprach Thomas Durchdenwald.

Sie fordern eine ökologische Neuorientierung in der Steuerpolitik. Ist das eine Kritik an der rot-grünen Bundesregierung?

Die ökologische Steuerreform war wichtig und richtig, aber sie endet dieses Jahr. Ich bin zufrieden mit dem, was begonnen wurde, aber ich wäre nicht zufrieden, wenn es nun einfach aufhören würde.

Was soll also getan werden?

In der Koalitionsvereinbarung sind einige Maßnahmen festgehalten. Zwei Projekte sind mir besonders wichtig: die Einführung der Mehrwertsteuer für grenzüberschreitende Flüge und eine ökologischere Form der Eigenheimzulage. Das Bedauerliche ist, dass die baden-württembergische Landesregierung sich mit ihrem gellenden Nein zu jeder Steuererhöhung im Bundesrat daran beteiligt hat, auch eine sinnvolle ökologische Reform der Steuerrechts zu blockieren.

Was soll an den beiden Maßnahmen denn ökologisch sein?

Es ist doch völlig absurd, dass man für ein Bahnticket von Freiburg nach Berlin und zurück 35 Euro Mehrwertsteuer bezahlt für Hin- und Rückfahrt, für den Flug vom Freiburger Flughafen im französischen Mulhouse aber keinen Cent. Mit solchen Rahmenbedingungen ist es ausgeschlossen, dass die Bahn konkurrenzfähige Angebote machen kann.

Was stört Sie an der Eigenheimzulage?

Die Eigenheimzulage ist ein wesentlicher Faktor beim Flächenverbrauch, das heißt der Zersiedelung unserer Landschaft. Es ist ein großer Unfug, dass man im Moment für den Neubau, das heißt für die Zerstörung von Boden, doppelt so viel Eigenheimzulage erhält wie für den Erwerb eines Altbaus und dessen Modernisierung. Es ist zwingend nötig, Alt- und Neubau gleichzustellen.

Der Bundesrat hat beide Vorhaben gestoppt. Warum sollte sich dies ändern?

Anders werden muss, dass von Anfang an mit ökologischen Argumenten für die Steuergesetze gefochten wird. Bisher wurde die Ökologie eher in die Gesetze hineingeschuggelt. In erster Linie waren die Gesetze gut für den Finanzminister. Ich will aber keine höheren Steuern, sondern ökologische Steuern. Die Grünen müssen offensiv für die Umwelt kämpfen, sonst haben sie keinen Erfolg.

Was also ist zu tun?

Die Mehrwertsteuer für den Flugverkehr und die Ökologisierung der Eigenheimzulage müssen bald wieder in den Bundesrat.

Und sonst?

Es gibt ein viel weit reichenderes Konzept. Beispiel Flächenverbrauch, ein Problem, das viel zu wenig beachtet wird. Jeden Tag wird allein in Baden-Württemberg die Fläche von 25 Fußballfeldern versiegelt. Und warum ziehen die Familien aus den Städten in die umliegenden Gemeinden? Der Bauer will seinen Grund versilbern, weil er für Bauland mehr bekommt als für den Acker. Also müsste man Planungsgewinne abschöpfen. Die Familie zieht raus, weil sie für den Neubau mindestens 10 000 Euro mehr Eigenheimzulage bekommt als für die Sanierung eines Altbaus in der Stadt. Zudem erhält sie für den Zuschuss den ganzen Bauplatz, in der Stadt gibt es dafür die Fläche einer Besenkammer. Außerdem wird der Umzug stark subventioniert durch die Entfernungspauschale: man verdient schon Geld auf dem Weg zur Arbeit. Das zeigt deutlich, wie Steuern steuern. Wir müssen mit dem Steuerrecht Anreize zum Flächensparen setzen. Appelle an die Kommunen bleiben wirkungslos.

Wie sollen die Anreize aussehen?

Die Entfernungspauschale muss deutlich reduziert werden. Die Grundsteuer sollte in eine Flächenverbrauchssteuer umgewandelt werden. Die Grundsteuer differenziert überhaupt nicht nach dem ökologischen Schaden der Nutzung - ein zubetonierter Parkplatz kommt günstiger weg als ein Wohnhaus.

Da stimmt der Bundesrat nicht zu.

Es gibt ja zum Glück immer noch einige Gesetze, bei denen die Zustimmungspflicht im Bundesrat nicht gegeben ist. Eine Fortsetzung der Ökosteuer . . .

. . . die der Kanzler ausgeschlossen hat . . .

. . . ist meiner Meinung nach nötig und ohne den Bundesrat zu machen. Und was die anderen Maßnahmen angeht, gilt das alte Motto: Du hast keine Chance, also nutze sie. Wenn wir als Grüne nicht einmal versuchen, solche zwingend notwendigen Reformen anzustoßen, dann machen wir uns überflüssig.

Es geht also eigentlich um ein schärferes ökologisches Profil der Partei?

Parteipolitik ist mir an dieser Stelle herzlich egal. Dazu ist die ökologische Krise viel zu ernst. Ich bin wegen der Umwelt zu den Grünen gegangen, ich will, dass Umweltpolitik gemacht wird. Aber natürlich wäre es ein positiver Nebeneffekt, wenn unsere Wählerinnen und Wähler wieder genauer wüssten, warum sie uns wählen.

13.05.2003 - aktualisiert: 13.05.2003, 05:16 Uhr

 nach oben

© 2003 Stuttgarter Zeitung online, Stuttgart Internet Regional GmbH

URL dieser Druckversion:

http://www.stuttgarter-zeitung.de/stz/page/detail.php/422607/artikel_bildlinks_stz_druck

Original-Artikel:

<http://www.stuttgarter-zeitung.de/stz/page/detail.php/422607>